

Besondere Bedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenverteilung: Geschäftstag 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Stresemanns Antwort an Poincaré.

Für eine wirtschaftliche Lösung. — Aber Befreiung von Rhein und Ruhr.

Amlich wird gemeldet:

Der Herr Reichskanzler Dr. Stresemann hat heute bei einem Frühstück, das der „Deutsche Industrie- und Handelstag“ ihm zu Ehren gab, und bei dem in Vertretung des auf Urlaub befindlichen Präsidenten von Wendelsjohn Herr Geheimrat Duisburg Begrüßungsworte an ihn richtete, über die innere und äußere Lage gesprochen.

Er knüpfte an das Wort an, das er in seiner letzten Rede als Abgeordneter im Reichstag geprägt hatte, daß

die eigene Sanierung im Innern zugleich die wirksamste außenpolitische Befähigung für Deutschland sei

und wies auf die einschneidenden Maßnahmen hin, die die jetzige Regierung zur Schaffung eines Devisenfonds, zur Schaffung wertbeständiger Zahlungsmittel und Anlagewerte und zur Sanierung der Reichsfinanzen eingeleitet habe. Er wies eingehend den Vorwurf zurück, daß Deutschland selbst den Währungsverfall herbeigeführt habe. Er würde den Staatsmann, der absichtlich eine solche Politik getrieben hätte, für den größten Verbrecher an seinem Volke ansehen. Die Reichsregierung scheue nicht vor einem

scharfen Eingriff in die Vermögenssubstanzen

zurück, und sie vertraue darauf, daß die Wirtschaftskreise, vor deren Vertretern er spreche, nicht nur aus Zwang, sondern aus eigener Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen daran mitwirken werden.

Der Reichskanzler leitete mit dem Hinweis, daß trotz dieser scharfen Eingriffe in die Vermögenssubstanzen eine dauernde Sanierung der Reichsfinanzen ohne vorherige Lösung der außenpolitischen Probleme nicht möglich sei, auf die außenpolitische Lage über. Der französische Ministerpräsident habe die Ruhrbesetzung damit begründet, daß sie notwendig gewesen sei, um Deutschland dazu zu zwingen, Verpflichtungen zu erfüllen, denen es sich bisher absichtlich entzogen habe. Er verjage es sich an dieser Stelle, auf die Vergangenheit im einzelnen einzugehen, so sehr es gerade vom deutschen Standpunkt aus verführerisch wäre, auch die Frage von Recht und Schuld nochmals zu erörtern, nachdem sie in der Note der britischen Regierung eine so bedeutsame und durchschlagende Würdigung gefunden habe. Fragen von Schuld und Recht werde das deutsche Volk dem Urteil unparteiischer Schlichter lieber gern zu unterwerfen bereit sein, weil kein eigenes gutes Gewissen in diesen Fragen es diesem Urteilsruch ruhig entgegensetzen lasse. Auf dem Gebiet der bisherigen Reparationsleistungen Deutschlands habe gerade kürzlich eine unparteiische Untersuchung Deutschland die Genugtuung gebracht, daß seine bisherigen Leistungen wesentlich höher bewertet werden, als die Gutachten der Reparationskommission. Das „Institut of Economics“ in Washington habe nach einer eingehenden Prüfung der deutschen Leistungen sich auf den Standpunkt gestellt, daß

Deutschland seit dem Waffenstillstand bis zum 30. September 1922 mindestens 25 bis 26 Milliarden Goldmark in greifbaren Werten geliefert

hat und daß das deutsche Verlangen auf Buchung noch weiterer erheblicher Posten zugunsten Deutschlands unzweifelhaft gerechtfertigt sei. Die deutsche Regierung selbst beziffere die deutschen Gesamtleistungen auf Grund sorgfältiger und eingehender Untersuchungen auf über 42 Milliarden Goldmark.

Was die Welt von den Staatsmännern der Völker erwartet, ist nicht unersättliche Polemik über vergangene Zeiten, sondern ist der Weg in die Zukunft der ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen gestattet.

Der an die Stelle des Währungschaos uns wieder zu den ungeschriebenen Geleisen des Welthandels zurückführt, auf den sich einseitiger Wirtschaftsverkehr der Weltvölker aufbaut, höchst bedeutsame Gedanken, welche die Aussicht haben, eine solche praktische Lösung zu eröffnen, finden wir in der amtlichen Veröffentlichung der britischen Regierung.

Auch der französische Ministerpräsident hat in Charleville eine praktische Lösung als Ziel seiner Politik bezeichnet. Der Weg, auf dem er diese praktische Lösung zu finden versucht, geht dahin, daß er positive Forderungen für das flüchtige deutsche Reparationsleistungen beansprucht. Als solche positiven Forderungen bezeichnet die französische Regierung in ihren Instruktionen an ihre Botschafter in London und Brüssel vom 10. und 12. Juni einmal die Garantie der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Wirtschaft, ferner die Inanspruchnahme der deutschen Pölle. Soweit der Grundlag in Betracht kommt, eine wirksame Garantie für künftige deutsche Leistungen zu geben, ist die Inanspruchnahme deutschen Reichsbesitzes und deutscher Wirtschaft auch in dem Memorandum der Deutschen Reichsregierung vom 7. Juni d. J. zum Ausdruck gebracht; jenem Vorschlag der Deutschen Regierung, der zu unserem Bedauern bis heute keine Antwort seitens der Alliierten oder seitens einer alliierten Macht gefunden hat. Wir sind uns bewußt, mit diesem Memorandum eine grundsätzliche Entscheidung getroffen zu haben, die deshalb als eine äußerste Kraftanstrengung des deutschen Volkes bezeichnet werden muß, weil sie, über die Währungsfrage des Versailler Vertrages hinausgehend,

die uns verbliebene Kraftquelle, auch der privaten deutschen Wirtschaft, unmittelbar in den Dienst der Garantien der deutschen künftigen Leistungen hineinzieht.

Gerade von Seiten der französischen Regierung ist auf die Bedeutung der deutschen Wirtschaft hingewiesen worden. Wir lesen in dem französischen Gelbbuch davon, daß der wahre Reichtum Deutschlands nicht gerichtet sei, daß keine wirklichen Hilfsquellen und Steuerkraft, die in seiner Wirtschaft lagen, unberührt für die Zukunft vorhanden seien. Sie wissen ebenso wie ich, daß hier eine Ueberschätzung der deutschen Wirtschaftskraft vorliegt. Sie wissen ferner, daß die angeblichen großen Gewinne der deutschen Wirtschaft, wie die Verzinsung unserer Aktiengesellschaften ausweist, vielfach so lächerlich gering sind, daß beispielsweise die letzte Jahresdividende der deutschen Bank nicht den Wert einer Straßenbahnfahrt in Berlin ausmacht. Aber wofür, wenn

In dieser deutschen Wirtschaft, was ich nicht bestreite, Möglichkeiten einer Zukunftsentwicklung

liegen, so bedarf es für die Alliierten nur des Eingehens auf die Grundzüge des Memorandums der Deutschen Regierung, um mit uns gemeinsam einen Weg zu finden, der diese letzte uns verbliebene Kraftquelle zum Träger der Garantie deutscher Reparationsverpflichtungen macht.

Die jetzige Regierung hält an dem Angebot der vorigen Regierung fest. Für die Freiheit des deutschen Bodens, für die Bewahrung unserer Souveränität, für die Konsolidierung unserer Verhältnisse lebe sie das Opfer als nicht zu hoch an,

einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten. Wenn die französische Regierung aufrichtig von dem Gedanken ausgeht, positive Pfänder für die deutschen Reparationen nach Ablauf eines Moratoriums zu erhalten, so könnte sie wohl einen Weg der Verständigung mit uns finden. Aber dieser Weg darf nicht über die Differenzierung zwischen Rhein- und Ruhr gehen. Die Rhein- und Ruhr einerseits und Deutsches Reich andererseits gehen. Die Rhein- und Ruhr nur vorübergehende Verpfändung des Ruhrgebietes selbst, die

Uebereignung der rheinländischen Bahnen, die Uebereignung der rheinländischen Bahnen, die Uebereignung einzelner Bergwerke und Besitztümer an Rhein und Ruhr, wie sie in den Dokumenten 23 und 25 des französischen Gelbbuches in die Debatte geworfen wird, kann von uns nicht als Grundlage der Lösung der Reparationsfrage betrachtet werden.

Diese speziell auf das Rheinland und auf das Ruhrgebiet abgestellte Reparationslösung wirft sogleich alle die politischen Fragen auf, die sich in der Besetzung des Ruhrgebietes, und die sich in der Rheinlandsfrage für die internationalen Beziehungen der Völker ergeben. Für uns in Deutschland gibt es keine Rheinlandsfrage.

Die international zu lösen wäre. Die Rheinländer haben im Rahmen der deutschen Reichsverfassung das Recht, selbständig darüber zu entscheiden, in welcher Form sie innerhalb des Deutschen Reiches ihr Leben zu führen gedenken, und bis zur Stunde liegen uns nur die Erklärungen sämtlicher deutscher Parteien im Rheinland vor, daß sie nicht den Wunsch haben, ihr Treueverhältnis zum Reich und zu Europa, das geschichtlich in ihrer inneren Einstellung begründet ist, das Geringste zu ändern.

Wir akzeptieren mit Genugtuung die Erklärung der französischen Ministerpräsidenten in den Dokumenten der französischen Regierung, daß er weder politische Ziele verfolgt, noch annexionsartige Gedanken hegt. Mit dieser Erklärung sind aber die in Vorschlag gebrachten Lösungen nicht vereinbar, indem sie wirtschaftlich und politisch Rhein und Ruhr einer Sonderbehandlung unterwerfen und damit den Weg zu einer praktischen Lösung, die Deutschland akzeptieren kann, versperren.

Erst, wenn die politischen Gesichtspunkte, die diesen Vorschlägen innewohnen, zurückgetreten sind gegenüber den wirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten, an denen das Reich mit der Gesamtheit seiner Wirtschaftskraft teilnehmen kann, wird der Weg für eine praktische Lösung, von der der französische Ministerpräsident in Chartreville sprach, offen sein.

Es wäre politischer Dilettantismus, wenn die deutsche Regierung ihre Politik auf die Entweilung der Alliierten abstellen wollte.

Deutschland kann nur hoffen, daß innerhalb einer gemeinsamen Verständigung der Alliierten unter sich und mit Deutschland ein Weg gefunden werde, der die berechtigten Ansprüche der Gläubigerstaaten mit der Gewährung deutscher Entwicklungsmöglichkeiten vereinigt.

Die auch dem deutschen Volke das Recht auf Leben sichert, das der französische Ministerpräsident für Frankreich in Anspruch nimmt.

Der Reichskanzler schloß mit einem Hinweis auf die notwendige Solidarität der Völker. Durch die Völker gehen gerade im Gefolge des Krieges und der Revolutionen heute die größten Bewegungen auf politischem, sozialem und geistigem Gebiet. Die Bewegung, die in den Völkern lebt, hat ihren Nährboden in der Unsicherheit aller Weltverhältnisse. Wenn es eine Gemeinsamkeit des Völkergedankens gibt, so müßte sie wohl darin bestehen,

die Welt vor neuen Erschütterungen zu bewahren und ihr die Konsolidierung zu verschaffen,

die allein ein Neben- und Miteinanderwirken der Nationen gewährleisten. Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volke, wenn wir zum Ausdruck bringen, daß durch dieses deutsche Volk ein tiefes Sehnen geht, zu Frieden, Freiheit und Ordnung zu kommen. Wir tun jetzt das Allerbeste, bei uns selbst die Grundlagen hierfür zu schaffen. Möge der Ruf an die Staatsmänner, die mächtiger sind als wir, um diesen Verhältnissen auf der ganzen Welt wieder ihre alte Bedeutung zu verschaffen, nicht ungehört verhallen, denn die Lösung der dringenden Fragen, um die es sich jetzt handelt, geht schließlich nicht nur uns an; sie schließt nicht mehr und nicht weniger in sich als die Ausbreiterhaltung der Kulturgemeinschaft der Völker, sie endet für Europa in der Entscheidung zwischen Frieden, Wohlfahrt, Gerechtigkeit oder Niedergang und Chaos.

Die Dokumente 23 und 25.

Am 16. Juni sandte Herr Poincaré an den französischen Botschafter in London Herrn de Saint Aulaire zur Weitergabe an die britische Regierung eine Mitteilung, der er am 12. Juli eine weitere Instruktion folgen ließ. Beide Schriftstücke sind im französischen Gelbbuch als die Dokumente 23 und 25 abgedruckt. Sie bieten, wie aus der neuesten französischen Note an England hervorgeht, eine zusammenfassende Darstellung des Standpunkts, den die französische Regierung auch heute noch unverändert vertritt.

Die beiden Dokumente geben ein ziemlich klares Bild von dem Regime, das nach dem Willen der französischen Regierung die besetzten Gebiete Deutschlands in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beherrschen soll. Nicht genügend klar ist jedoch der Unterschied herausgearbeitet, der zwischen dem altbesetzten und dem neubesetzten Gebiet gemacht wird.

Vom Ruhrgebiet wird gesagt, daß seine Räumung in drei bis vier Abschnitten nach Maßgabe der von Deutschland geleisteten Zahlungen zugelassen werden soll. Sobald Deutschlands Verpflichtung festgesetzt sei, werde Frankreich erklären, daß nach Zahlung einer bestimmten Zahl von Goldmillarden dieser oder jener Abschnitt geräumt werde. Solange diese Festsetzung aber nicht erfolgt sei, seien genauere Angaben über diesen Punkt unmöglich.

Von einer Räumung des altbesetzten Gebiets ist in den Dokumenten nicht die Rede. Dagegen wird vom neubesetzten Gebiet ausdrücklich gesagt, daß es dieselbe Rolle spielen solle wie das besetzte Gebiet Frankreichs im Jahre 1871. Welche Rolle spielt aber dann das altbesetzte Gebiet? Zur Klärung des französisch-deutschen Verhältnisses ist eine klare Antwort auf die Frage notwendig, ob und innerhalb welcher Zeitabschnitte die Räumung auch des altbesetzten Gebiets beabsichtigt ist.

Solange diese Frage nicht beantwortet ist, wird man nach dem logischen Aufbau der beiden Dokumente annehmen müssen, daß Frankreich das neubesetzte Gebiet als Räumungspfand zu substituieren beabsichtigt an Stelle des altbesetzten Gebiets, das im Vertrag von Versailles als Räumungspfand — analog den besetzten Gebieten Frankreichs im Jahre 1871 — vorgesehen war, und daß eine Räumung des deutschen Gebiets links des Rheins überhaupt nicht mehr beabsichtigt wird.

Bis zur beginnenden Räumung des Ruhrgebietes soll nun im ganzen besetzten Gebiet ein gleichförmiges Regime in Kraft treten. Die Eisenbahnen werden vom deutschen Reichsbahnsystem abgetrennt und von den Alliierten zu deren Nutzen verwaltet. Was die Bahnverwaltung links des Rheins betrifft, so wird eine Beteiligung der Rheinländer an ihr in Aussicht gestellt. Da Rheinland und die Rheinländer bisher einen besonderen staatsrechtlichen Begriff nicht darstellen, müßte ein solcher erst geschaffen werden. Den Rheinländern wird für den Fall ihrer staatsrechtlichen Selbständigmachung zwar nicht der Besitz der Bahnen ihres Landes, wohl aber ein Mitverwaltungsrecht von unbestimmtem Maß in Aussicht gestellt.

Außer den Eisenbahnen werden der Regie der Alliierten unterstellt: gewisse Ruhrkohlenbergwerke und die Forsten. An der Nutzung der Pölle, der Ein- und Ausfuhr genehmigungen, der Kohlensteuer soll sich nichts ändern. Nachdem der passive Widerstand beendet ist, sollen die deutschen Behörden mit den alliierten zusammenarbeiten. Das heißt natürlich, sie sind auf all den genannten Gebieten verpflichtet, sich den alliierten Behörden zu unterstellen und ihre Befehle auszuführen. Räumt man dazu, daß ein Teil der Gerichtsbarkeit von den Besatzungsbehörden ausgeübt wird, daß diese auch den entscheidenden Teil der Polizeigewalt mit dem Recht der Ausweisung für sich beanspruchen, bedenkt man ferner, daß es im Fall von Kompetenzstreitigkeiten eine unparteiische entscheidende Instanz nicht gibt, so ergibt sich daraus, daß von Deutschland ein so gut wie vollständiger Verzicht auf seine Staatshoheit im ganzen besetzten Gebiet erwartet wird. Gewiß lassen sich bei näherem Zusehen noch gewisse Reste aufzählen, die vorläufig übrig bleiben, aber niemand wird sich darüber täuschen, daß auch sie schließlich ganz von selbst davonschwimmen müßten.

Nun kann man sagen, daß dieser Zustand für die Räumungsgebiete doch nur ein vorübergehender sein würde. Nach der Leistung bestimmter Zahlungen durch das Reich würden sie wieder als gleichberechtigte Glieder der Deutschen Republik angeschlossen werden. Um so dringender erhebt sich die Frage, wann und was geräumt werden soll. Wir haben schon gesehen, daß die französische Regierung für die Räumung des Ruhrgebietes bestimmte Zeitangaben noch nicht macht, und daß sie über die Räumung Deutschlands links des Rheins überhaupt schweigt.

Sedenfalls verbreiten die Dokumente 23 und 25 einige Klarheit. Solange die französische Regierung bei der Auslösung verharrt, die dort niedergelegt ist, scheint die „Verständigung“ zwischen Deutschland und Frankreich von zwei Bedingungen abhängig: erstens daß Deutschland auf seine Hoheitsrechte links des Rheins dauernd verzichtet, und zweitens daß es das Ruhrgebiet für absehbare Zeit an Frankreich gibt und sich mit der Hoffnung tröstet, es vielleicht doch wieder einmal zurückerhalten zu können.

Daß damit zugleich auch das Schicksal des Saar- gebiets entschieden wäre, ist so selbstverständlich, daß es einer besonderen Hervorhebung kaum bedarf.

Inzwischen hätte das unbesetzte Deutschland die Erträge aus seinen Eisenbahnen und neu zu schaffenden Mono-

Krankenkassen und Aerzte.

Leipzig, 24. August. (WZ.) Der Verband der Aerzte Deutschlands erläßt folgende Erklärung: Am 25. d. M. werden im Reichlichen Wohlfahrtsministerium Verhandlungen zwischen den Trägern der sozialen Versicherung und den Vertretern der Ärzteschaft über das werbeständige Arzthonorar stattfinden. Diese Verhandlungen werden von ausschlaggebender Bedeutung für das Weiterbestehen der sozialen Einrichtungen des Deutschen Reiches sein. Sie berühren weniger die Honorarergänzung in der Privatpraxis, die der freien Vereinbarung zwischen Arzt und Kranken überlassen ist, als die Festsetzung der kassenärztlichen Gebühren, welche durch die Preussische Gebührenordnung maßgebend beeinflusst werden. Das werbeständige Kassenhonorar wird erreicht: 1. durch Festsetzung von Grund- (Friedens-)gebühren, die mit dem jeweiligen vollen Reichsteuerungsindex zu vervielfältigen und mit einem besonderen Zuschlag für die ins Ungeheure gestiegenen ärztlichen Berufsunkosten zu versehen sind; 2. durch Einführung pünktlicher, wöchentlich honorerzahlungen durch die Krankenkassen, die bei Verzug die Geldemitterung durch Inanspruchnahme des am Zahltag gültigen Reichsteuerungsindex auszuwählen haben. Die bisherige Gebührenfestsetzung: Berücksichtigung des halben Steuerungsindex und Auszahlung der Honorare 2-3 Monate nach erfolgter Leistung (!) oder bei Zahlungsunfähigkeit der Kassen zu einem noch späteren Termin, hat die Ärzteschaft binnen weniger Monate in die schwerste wirtschaftliche Notlage versetzt. Die Krankenkassen verlangen ausreichende Hilfsmaßnahmen seitens der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere Erhöhung der Kassenbeiträge durch Besteuerung des tatsächlichen Arbeitsverdienstes zugunsten der Krankenversicherung. Das jetzt geltende Verfahren der Festsetzung eines Grundlohnes mit bestimmter Höchstgrenze als Basis für die Beitragserhebung befreit gerade die höchstgehohlenen Gruppen der Versicherten von einer gerechten Heranziehung zum Tragen der Beitragslasten; sie werden zurzeit nicht höher besteuert als die Versicherten mit ganz geringen und mittlerem Einkommen.

Die Kassenärzte — auch die voll beschäftigten — sind infolge der verpöblichten Auszahlung ihres wohlverdienten Arbeitslohnes ohne jede Existenzmittel.

Zahlreiche Arztgruppen haben sich bereits geäußert, den Krankenkassen den Kredit zu verweigern und die Kassenmitglieder nur noch gegen Vorzahlung zu behandeln. Besonders verweist auf die Stimmung unter den Ärzten der Großstädte und in Süddeutschland. Die Aerzte Badens und Bayerns sind fest entschlossen, den jetzigen unhaltbaren Zuständen durch Maßnahmen der Selbsthilfe ein Ende zu machen. — Die Ärzteschaft erwartet bei den bevorstehenden Verhandlungen das volle Verständnis der Versicherungsträger und der zuständigen Regierungsstellen für ihre trotzige Lage zu finden. Sie verlangt sofortiges Eingreifen der Regierung und der Gesetzgebung zugunsten der in große Schwierigkeiten geratenen Krankenkassen.

Wird die zum Teil bestehende Zahlungsunfähigkeit der Kassen nicht binnen kürzester Frist behoben, so sieht sich die gesamte Ärzteschaft nicht mehr in der Lage, an den Aufgaben der Krankenversicherung mitzuarbeiten. Sie hält den völligen Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen für unvermeidlich, wenn die berechtigten Forderungen der zu ihrer Durchführung unentbehrlichen Mitarbeiter nicht befriedigt werden können. Die Verantwortung für die innerpolitischen und wirtschaftlichen Folgen einer von der Verweigerung diktierten allgemeinen Arbeitsniederlegung steht der Ärzteschaft ab.

Dorten in der Pfalz.

Ludwigshafen, 23. August. (WZ.) Dorten hat in der vorigen Woche eine Propagandareise in die Pfalz unternommen. Er hielt sich in Landau, Edenkoben und Kaiserslautern auf und versuchte in der Pfalz, Vertrauensleute für seine Loslösungsbestrebungen zu gewinnen. Nach dem Zusammenbruch der freien Sozialbewegung im Sommer 1919 war die separatistische Bewegung in der Pfalz infolge des einmütigen Widerstandes der Bevölkerung gegen alle Loslösungsbestrebungen der Pfalz von Bayern und dem Reich so gründlich erledigt, daß auch Dorten und Smeets selbst über die Erfolgslosigkeit einer Propaganda unter der pfälzischen Bevölkerung nicht im Zweifel waren und bis vor kurzem die pfälzische Bevölkerung mit ihren separatistischen Plänen verkehrten. Nunmehr glauben sie aber scheinbar die Zeit für gekommen, auch in der Pfalz ihre Loslösungsbestrebungen propagieren zu können. Da sie dabei jedoch, ebenso wie vor vier Jahren die sogenannten freien Pfälzer, auf den entschiedenen Widerstand der pfälzischen Bevölkerung stießen, suchen sie unter falscher Flagge zum Ziel zu kommen. Sie versuchen mit Hilfe der sogenannten revolutionären Aktionsausschüsse die Arbeitslosen, deren Zahl wegen der Stilllegung eines großen Teils der pfälzischen Industrie sehr groß ist, ins separatistische Fahrwasser zu ziehen. Dabei bedienen sie sich der Syndikalfisten und Unionisten.

Nachdem die kommunistische „Arbeiterzeitung“ in Mannheim gestern anlässlich der Ausschreitungen von Syndikalfisten und Unionisten gegen die Kommunisten in Ludwigshafen das separatistische Treiben des revolutionären Aktionsausschusses auf das schärfste verurteilt und die Arbeiter vor den Syndikalfisten gewarnt hat, legt das kommunistische Organ heute seine Enthaltungen über die neuesten Machenschaften der Syndikalfisten und Unionisten fort.

Es schreibt: Nachdem der revolutionäre Aktionsausschuss sich einige Zeit im Hintergrunde gehalten hat, tritt er in den letzten Wochen mit den bekannten Propagandisten an der Spitze wieder eine rege Tätigkeit. Während sie selbst die Fortsetzung des positiven Widerstandes in der ganzen Pfalz propagieren, hat der Unionist Bilsch ein Sekretariat für die „Rheinische Republik“ aufgemacht. Sie scheinen die Absicht zu haben, durch künstlich geschaffene Kontakte ein Eingreifen der Befehlsgewalt herbeizuführen. Das kommunistische Organ erklärt dann, daß es angesichts der Tätigkeit der Rheinländer die kommunistische Partei für ihre Pflicht gehalten habe, zusammen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem A.D.G.B. und der S.P.D. ein Flugblatt an die Erwerbslosen herauszugeben.

Ämliche Devisenkurse.

	24. August		23. August	
	Käuf- (Reib-) Kurs	Verkäuf- (Reib-) Kurs	Käuf- (Reib-) Kurs	Verkäuf- (Reib-) Kurs
1 holländ. Gulden	1835100	1841800	1995000	2500000
1 argentin. Pap.-Peso	1803225	1718775	1833900	1644100
1 belgischer Franc	200475	210625	223400	224500
1 norweg. Krone	758100	781800	827025	852075
1 dänische Krone	828812.50	877187.50	9426375.50	947868.50
1 finnische Krone	1280900	1243100	1040625	1833575
1 schwed. Mark	129877	129828	145035	146205
1 japanische Yen	2284275	2206725	2488812.50	2481187.50
1 italienische Lire	169500	90500	219450	220550
1 Pfund Sterling	21196875	21903125	32942500	28058500
1 Dollar	4688250	4711750	5067300	5092200
1 französisch. Franc	261345	202655	283200	284710
1 brasilian. Kiteiro	42925	431075	498787.50	489212.50
1 Schweizer Franc	842887.50	847112.50	917700	922800
1 spanische Pesta	618450	621550	678807.50	678682.50
100 österr. Kr. (gest.)	6688	6717	—	—
1 tschechische Krone	187659	188845	140625	150875
1 ungarische Krone	270.82	271.35	289.28	285.72
1 bulgarische Pesta	89909	40100	42802	43103
1 russisch. Dinar	47880	48120	52968	52682

Der Preistaumel auf dem Gemüsemarkt.

Die Zeiten der wöchentlichen Preissteigerungen sind auch entsetzlich. Die Hausfrau muß sich mit täglichen, ja stündlichen Preissteigerungen abfinden. Ein Entschluß gibt es nicht mehr; man ist müde geworden im Kampf mit dem Uebermaß der Not. Für die Hausfrau ist es heute eine Qual, den Lebensmittelmarkt besuchen zu müssen. Wo sie auch hinkommt, erschrickt sie vor den Millionenpreisen, die ihr als Trauerzeichen des Elends entgegenstehen. Den Fleischmarkt meidet sie schon ganz, denn der Wochenlohn geht allein auf in Brot, Kartoffeln und Fett, und dabei heißt es noch sparsam wirtschaften. Was mache ich heute zu Mittag?, so lautet die tägliche bange Frage der Hausfrau. Fleisch kommt nicht in Betracht, Kartoffeln sind auch teuer, so daß oft der Bedarf nicht gedeckt werden kann. Bleibt also nur die Gemüseliste übrig. Zwei- und dreistellige Zahlen, dahinter ein bescheidenes „L“ zeigen an, daß der Kaufstücker die gefüllte Geldtasche mitzubringen hat. Woher kommen die hohen Preise? Warum wird hier nicht eingegriffen? Kann der herrschende Mangel an Gemüse beseitigt werden? Diese Fragen schwirren überall umher. Eine Großhandelsfirma teilt uns auf Befragen ungefähr folgendes mit:

Angedachte Ursachen des Gemüseangels.

Sehr viele Produzenten, die noch im vorigen Jahre Obst und Gemüse geerntet haben, haben in diesem Jahre davon Abstand genommen. Als Grund hierfür wird angegeben, daß das vergangene Jahr der Landwirtschaft große Verluste gebracht habe, die sich in zu geringer Abgabemöglichkeit (? Die Red.) der Erzeugnisse äußerten. Die Erzeuger sind dazu übergegangen, wertvollere Produkte wie Getreide und Kartoffeln anzubauen, um sich so vor Verlusten zu schützen. Aber selbst Kartoffeln sind schon weniger angebaut worden. Dadurch, daß man u. a. dem Obst weniger Interesse (?) zuwendet, kann ein Verdrängen nicht stattfinden. Der Bauer spart das Verpackungsmaterial, worauf es ihn angeblich ankommt. Sind doch die Preise für Körbe, Säcke usw. sehr gestiegen. Ein kleines Obstföhrchen für circa 15 bis 20 Pfund Inhalt wurde in den Vorjahresjahren mit 25 Pf. berechnet und kostet heute nicht weniger als 350 000 bis 500 000 Mark. In derselben Preislage stehen die Transportkäse für Kartoffeln. Klagt man über den Gemüseangel, so darf nicht außer Betracht gelassen werden, daß die sonst sehr beträchtlichen Zufuhren aus der Sommer Gegend infolge der Befehle unterbleiben müssen. Auch dürften die Konservenfabriken am Mangel an Frischgemüse nicht klaglos sein. Haben sie es sich doch nicht nehmen lassen, Spargel in großen Mengen beim Produzenten aufzukaufen und so die Zufuhren beträchtlich zu unterbinden. Die Luftläufer der Konservenfabriken scheren aufs Band und kaufen alles, was sie gebrauchen können, wild auf. Ob dabei der Markt geschädigt wird oder nicht, ist ihnen natürlich gleichgültig. Der Bauer aber freut sich, daß er seine Ware gleich vom Feld aus veräußern kann und nicht große Ausgaben für Verpackung und viele andere Nebendinge zu machen braucht. Leider liefert die Mark Brandenburg nur geringe Mengen von Gemüse.

Der schwache Anbau von Gemüse, der eine ungenügende Zufuhr

nach sich zieht, liefert hierfür die Erklärung. Ein Pfund grüne Bohnen kostet heute 240 000 M. und wurde in Friedenszeiten mit höchstens 20 Pf. gehandelt. Ist der jetzige Preis berechtigt? Man begründet diese hohen Preise damit, daß infolge der schlechten Witterung im Mai und Juni die erste und zweite Ausfaat verfehlte, so daß eine dritte Ausfaat nötig war, die aber auch nur einen geringen Ertrag lieferte. Betrachtet man so dieses Bild und rechnet noch hinzu, daß die Händler hohe Beträge bieten, um überhaupt etwas zu erhalten, ja oft sogar Extrageschenke an den Produzenten machen, kann man sich die geltenden Preise erklären. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Konservenfabriken im vorigen Jahr große Mengen Bohnen aufgekauft haben, so daß zur Ausfaat in diesem Jahr nur ganz geringe Quantitäten zur Verfügung standen. Die Konservenindustrie hat also nach Ansicht der Händlerkreise dem Gemüsemarkt schweren Schaden zugefügt. Die vor einigen Tagen eingetretene Frachterhöhung wird jetzt noch mehrere Verteuerungen schaffen. Wenn auch für Kartoffeln und Gemüse Ausnahmetarife bestehen, werden doch die Verteuerungen außerordentlich ins Gewicht fallen. Ein Beispiel: Ein gemischter Wagon (Gemüse und Kartoffeln) 200 Zentner Inhalt, der aus Holland über Bennekom kam, kostete vor der neuen Tarifierhöhung 3 260 000 M. Fracht und muß jetzt mit 65 200 000 M. bezahlt werden.

Obstvertuerende Frachtpesen.

Für Obst bestehen Ausnahmetarife, da es als Eilgut befördert wird. Ein Wagon mit 5000 Pfund Pflanzen, der von Böhln in Baden nach Berlin geschickt wurde, kostete nach den neuen Tariffähren soviel Fracht, daß ein einziges Pfund Pflanzen allein mit 46 830 M. Transportkosten belastet werden mußte. Uebersteht man die traurige Lage eines Marktes und legt dem Eingeweihten die Frage vor, ob sich die Verhältnisse ändern können, so erhält man wenig aussichtsreiche Antworten. Will man wirklich hier Abhilfe schaffen, so muß vorerst eine härtere Zufuhr einsehen. Trifft diese ein, d. h. ist der Markt mit genügend Waren versorgt, so kann auch mit einer allgemeinen Preisfestsetzung gerechnet werden. Wie sich die Obstlieferung in diesem Jahre nach gestalten wird, ist schwer zu sagen. Abgesehen von der nach Meinung der Händler voraussichtlich schlechten Ernte von Äpfeln und Birnen darf die rege Kaufkraft der Konservenindustrie nicht außer Acht gelassen werden. Dagegen läßt die kommende Pflanzenernte auf eine gute Zufuhr schließen.

Soweit die Zukünfte einer Firma, die mit allen diesen Dingen gut Bescheid weiß. Man mag die angeführten Gründe insoweit gelten lassen, als Frachtpreise, Holzgeher und Verpackung wesentlich zur Verteuerung wichtiger Nahrungsmittel beitragen. Neu ist es aber zu hören, daß die „nationaldenkende ewig darbende“ Landwirtschaft so ganz schön auf den Anbau sogenannter „worbefähiger Produkte“ hinberichtet. Wenn man für dieses Handeln als Entschuldigung die „Verluste“ im vorigen Jahr ansührt, so wird diese Entschuldigung den meisten Verbrauchern in den Städten nicht recht einleuchten.

Geschlossene Front.

In der Partei ist das Leben recht erfreulich reger geworden. Unsere Versammlungen sind sehr gut besucht, und es wird — was wir für ein besonders günstiges Zeichen halten —, wenn nicht einer anfängt zu reden, der es für unbedingt notwendig hält, nur kurz und bündig in der Diskussion gesprochen. Ueberall gibt die Parole: geschlossene Front nach außen im besonderen gegen jeden Faschismus, mag er rot, gelb oder schwarzweiß sein. Differenzen über die Parteifakt werden als Familienangelegenheit behandelt, die sonst niemandem etwas angehen.

Ein Grunze schreibt uns zu diesem Thema: Am Mittwoch besuchte ich die Abteilungsverammlung in der Schwedter Straße. Es ist ein wirkliches Arbeitermischel und die Besucher unserer Versammlung waren ausschließlich Proletarier. Im gleichen Versammlungsort fand auch eine kommunistische Versammlung statt. Sie wies eine gähnende Leere aus, dagegen war die Versammlung unserer Partei überfüllt. Während des ganzen Abends schleppten immer neue Nachkommungen aus dem Restaurant Stühle herbei, weil im Versammlungsraum keine Sitzgelegenheit mehr frei war, doch mußten noch manche stehen. Stimmung und Kampflust waren ausgezeichnet, aber es war auch ernste Entschlossenheit vorhanden, um die Sozialdemokraten in der Regierung bei der Durchföhrung ihrer für die Allgemeinheit notwendigen Maßnahmen unter allen Umständen mit allen Mitteln zu unterstützen.

Gestern nachmittag besuchte ich in Nichtenberg eine Versammlung der Knorr-Bremse. Es handelte sich um eine Zusammenkunft der S.P.D.-Arbeiter dieses Betriebes. Das Lokal reichte nicht aus, um die Zahl der Erschienenen zu fassen. Es wurden Tische hinausgerückt, von allen Seiten Stühle herbeigeschleppt und das letzte Stuhlplätzchen ausgenutzt. So standen die Genossen Kopf an Kopf während der ganzen Dauer der Beratungen. Auch hier allgemeine Entschlossenheit, mit dem reaktionären Kommunismus für die Zukunft aufzuräumen. Ebenso fester Wille, die allgemeine Nationalen mitzutragen, wenn die Kapitalisten gezwungen werden, ihre Pflicht zu tun. Die Genossen ließen verständlicherweise sehr deutlich durchblicken, daß sie den Opfermut der Kapitalisten nicht allzu hoch einschätzen. Aber sie waren einhellig der Auffassung, daß gerade deswegen jetzt endlich gründlich durchgegriffen werden muß. Beide Versammlungen zeigten, daß die Berliner sozialistische Bewegung nicht gewillt ist, sich von Schreibern oder Druckbergern um das Anrecht auf die politische Macht bringen zu lassen.

Es ist erfreulich, daß jetzt überall in Berlin unser Parteiloben gerade durch die allgemeine Not und durch den Kampf, den man gegen uns führt, einen starken Impuls bekommen hat. Es gilt, die Front zu schließen und unsere Genossen überall, wo sie an verantwortungsvollen Posten stehen, kräftig zu unterstützen.

Sein Kind ermordet.

Die Folgen eines Familienstreites. Die Kunde von einem furchtbaren Verbrechen setzte gestern nachmittag die Bewohner der Nichtenrader Straße zu Neudöhlen in große Aufregung. Der in der Nichtenrader Str. 48 wohnende Vater Gustav R. schnitt seinem dreijährigen Knaben die Kehle durch. Als die Kriminalpolizei eintraf, hatte sich R. bereits die Pulsadern der linken Hand geöffnet und gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Die auf der Stelle vorgenommene Nachforschung der Kriminalpolizei in der Wohnung des Mörders und Selbstmörders über die Beweggründe der schrecklichen Tat hatten das Ergebnis, daß R. infolge Streites mit seiner Ehefrau das furchtbare begangen hatte. — Eine blutige Familienszene spielte sich gestern nachmittags 5 Uhr im Hause Friedrichsberger Str. 19 ab. Hier gerieten der 55jährige Schlosser Friedrich Ransch, seine Ehefrau, seine Tochter und der 24jährige Sohn in einen heftigen Streit. Blühlich zog R. sein Taschenmesser und ließ seine Frau in den rechten Arm. Als R. auf seinen Sohn losging, feuerte dieser aus einem Revolver drei Schüsse ab, von denen einer den Vater in die linke Brustwehr, der zweite in die linke Schulter traf. R. brach schwer verletzt zusammen

und wurde als Polizeigeisungener nach der Charité geschafft. Er wird von den Hausbewohnern als gewalttätiger und gemeingefährlicher Mensch geköhndert.

Die Beute des Fassadenkletterers.

5 Milliarden Belohnung.

Ein unbekannter Fassadenkletterer, der seit Monaten besonders den alten Westen unsicher macht und bereits in der Rauch-, Cornelius- und Sandgrabenstraße, ferner in zwei Wohnungen am Potsdamer Ufer Hunderte von Millionen an Beschaffen erbeutet hat, verbrüht in der Stillerstraße einen neuen großen Streich.

Der Verbrecher, der ein sehr gewandter Kletterer sein muß, nicht regelmäßig die frühen Morgenstunden und die Mittagsstunden aus, in denen die Zimmer geöffnert werden. Er klettert dann an den Fassaden empor, kündigt sich in ein offenes Fenster in die Wohnung hinein und schießt mit großer Geschwindigkeit die wertvollsten Sachen die er gerade erreichen kann. Jetzt suchte er die Villa einer Bauherfrau Else Krato in der Stillerstraße 8 heim. Während Frau Krato mit einer Lehrerin in einem Nebenzimmer saß und das Personal im Hause ab und zuzug, ließ der Verbrecher durch ein offenes Fenster in das Schlafzimmer ein. Von hier kam er in den Ankleideraum, kochte eine Anzahl von Kleidungsstücken sowie kostbaren Schmuck. Die Beute hatte einen Wert von etwa 50 Millionen Mark. Seine ganze „Arbeit“ dauerte nur wenige Minuten. Beim Hinuntersteigen wurde er noch gesehen, aber er entkam trotzdem wie immer unangefochten. Auf die Ergreifung des Verbrechers ist eine Belohnung von 500 Millionen, für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes eine weitere Belohnung von 4% Milliarden ausgesetzt. Mitteilung zur Aufföhrung an Kriminalkommissar Trettin, Zimmer 103 des Polizeipräsidiums. Hausanruf 416 und 436.

Die Strafen für Wohnungsdiebstahl.

Während bisher die gegen Wohnungsdiebstahl festgesetzten Geldstrafen häufig nicht mehr im richtigen Verhältnis zur Straftat oder dem widerrechtlich erzielten Gewinn standen, ist dies durch das neue Geldstrafengesetz wirksam geändert worden. Jetzt können Vergehen gegen die Wohnungsmangelsverordnung mit Geldstrafe bis zu 10 Millionen Mark, bei Vermögensverlust bis zu 100 Millionen belegt werden. Die Geldstrafe soll das Ängstlich, das der Täter für die Tat empfangen und den Gewinn, den er aus der Tat gezogen hat, übersteigen. Reichlich das gefaschliche Höchstmaß hierzu nicht aus, so darf es überschritten werden. Noch richtiger wäre die Bestrafung mit nicht zu knappen Gefängnisstrafen. Die paar Millionen, die als Strafe den Gewinn übersteigen, werden von den Wohnungsdiebstahlern leicht aufgebracht.

Von der Maschine erfaßt. Ein schreckliches Unglück ereignete sich in der Fabrik von Thiele, Schönwälder Straße 23. Hier geriet der 17jährige Arbeiter Erich Lektor aus der Leipziger Straße 10 in den Treibriemen einer Maschine und wurde mehrmals herumgeschleudert. Dann riß ihm die Maschine den rechten Arm bis zum Ellenbogen ab. Der Schwerverletzte fand im Sudamer Krankenhaus Aufnahme.

Auf dem Dach verhaftet. Ein Diebstahl wurde auf dem Hauke Bismarckstraße 103 zu Charlottenburg beobachtet, als er dabei war, Zink und Bleiplatten abzuholen. Man rief das Ueberfallkommando der Schutzpolizei. Der Dieb flüchtete jetzt. Die Beamten verfolgten ihn über die Dächer und gaben, als er auf ihre Zurufe nicht stehenblieb, zwei Schreckschüsse ab. Jetzt gab er sich gefangen. Er wurde festgesetzt als ein 20 Jahre alter Hermann Hülcher aus dem Nebenhaus, und wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, nieselhaft, aber nur vorübergehend härter bewölkt, bei mäßigen südwestlichen Winden. Keine oder unbedeutliche Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

3. Kreis Friedrichshagen. Versammlungsgastale sind erst morgen, Sonnabend, ab 8 Uhr abends abgehoben bei Hofe, Obermer Straße.
18. Kreis Köpenick. Morgen, Sonnabend nachm. 3/4 Uhr Versammlungsgastale abgehoben bei Herrn, Tüchtches Platz.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Lage im Zeitungsgewerbe. Eine vernünftige Auffassung.

Die TU. berichtet aus München: „Die Vertreter der Verleger, Schriftsetzer und der Buchdrucker waren gestern in München versammelt um sich mit der Lage im Zeitungsgewerbe zu beschäftigen. Es bestand Uebereinstimmung darüber, daß die Buchdruckerlöhne in Anbetracht der Teuerungsvhältnisse durchaus wünschenswert wären, daß aber die Notlage des Gewerbes zurzeit die Beschaffung und Auszahlung ungeheuer schwierig gestaltet und in manchen Betrieben sogar unmöglich mache. Arbeitgeber und Arbeitnehmerstimmen darüber ein, daß nur gegenseitige verständliche und enge Zusammenarbeit einen Ausweg aus der bedrohlichen Lage des Zeitungsgewerbes schaffen können, und daß alles darangelegt werden muß, um die Betriebe aufrechtzuerhalten.“

Auf dem Wege der Verständigung war noch stets eher etwas zu erreichen als durch Scharfmacherei, durch Drohungen mit der Hungerprellerei.

Der Bezirksverein Dresden des Deutschen Buchdruckervereins fasste folgende Entschliessung: „Wir protestieren gegen die Festsetzung eines Wochenlohnes von mehr als 30 Millionen Mark, der überhaupt nicht aufgebracht werden kann und alle unsere Druckereien und Betriebe zugrunde richten würde. Die Arbeiterchaft lehnt Einverständnis ab, falls Kompensationen aus der nicht restlosen Zahlung der Löhne entstehen sollten. Die Prinzipalvertreter des Tarifausschusses dürften unter keinen Umständen einer Lohnhöhe die Zustimmung geben, deren Durchführung unmöglich ist.“

Kommunistischer Bannstrahl.

„Wilt Du nicht mein Bruder sein, dann schlag' ich Dir den Schädel ein.“

Der Arbeiterratsvorsitzende der Hochbahn Muhl, welcher Mitglied der Kommunistischen Partei ist, hat den Beschluß des sogenannten „Generallstreiks“ nach Auffassung der Drahtzieher nicht sofort zur Ausführung gebracht, und zwar deshalb nicht, weil innerhalb des Verkehrsbetriebes auf Grund der technischen Struktur es nicht so geht, wie es sich jene Hebeln dachten, die die Beschlässe in der Handhabung fähig. — Nachdem Muhl von allen Seiten — in- und außerhalb des Betriebes — die schwersten Vorwürfe erhalten hatte, wurde Muhl am Sonnabend, den 18. August, vor ein Gericht im Lokal von Schulz, Elisabethstraße, geladen. In dieser Sitzung, die von circa 40 bis 60 Personen besucht war, waren nicht nur Mitglieder der Partei, sondern auch „Sympathisierende“ anwesend; auch der bekannte Kollege Schielbein, der mit der Hochbahn doch gar nichts zu tun hat. Muhl erklärte, warum er nicht so handeln konnte wie befohlen und erhielt dafür die üblichen Anwürfe. Beschlüsse irgendwelcher Art wurden Muhl nicht bekanntgegeben. Beim Verlassen des Raumes erhielt er als besonderes Kompliment von einem Hebeln dieser Sitzung den schönen Nachruf: „Adieu Stroch!“

Muhl, der in jeder Beziehung seinen Mann gestanden hatte, konnte dieses Verfahren unter keinen Umständen als gerechtfertigt betrachten und zog daraus keine Konsequenzen. Am Montag machte er dem Fraktionsvorsitzenden der SPD. bei der Hochbahn die telefonische Mitteilung, daß er aus der Kommunistischen Partei austrete. Am Dienstag wurde ihm daraufhin von diesem SPD-Vorsitzenden und einigen anderen Kollegen die Mitteilung gemacht, daß er von seinem Posten als Arbeiterratsvorsitzenden abzutreten hätte. Muhl lehnte dies ganz entschieden ab und erklärte, daß er dies nicht tun werde, er habe das Amt nicht von der Kommunistischen Partei, sondern von seinen Kollegen übertragen bekommen und werde nur den Anweisungen seiner Kollegen bzw. des Gesamtbetriebsrates folgen.

So sehen die Methoden derjenigen aus, die, wenn es gilt, praktische Arbeit zu leisten, in „passiver Resistenz“ stehen. Fest steht jedenfalls, daß die Auftragsgeber dieses Bannstrahls den Generallstreik bei der Hochbahn nicht durchführten.

Wir bitten unsere Kollegen und Kolleginnen, aus allen diesen Fällen endlich mal die nötige Lehre zu ziehen und den Parolen und Anweisungen unverantwortlicher Personen nicht blindlings zu folgen. Das Trümmersfeld, das diese Akteure hinterlassen haben, ist ganz fürchterlich. Diejenigen aber, die versuchen, die Opfer wieder unterzubringen, sind „Verderber“, die man tagtäglich in der „Roten Fahne“ bis zur Pogrombege herumderreißt.

„Darum, Kollegen, aufgewacht! Laßt endlich den Bruderkampf.“

Generalversammlung des Verkehrsverbandes.

Gestern Abend tagte im Gewerkschaftshaus die zahlreich durch Delegierte besetzte Generalversammlung der Berliner Verwaltungskasse des Verkehrsverbandes. Die Organisation hat eine rege Tätigkeit entfaltet. Die Mitgliederbewegung war günstig. In letzter Zeit traten die Hausangehörigen zum Verkehrsverband über. Der erste Bevollmächtigte, Genosse Drimann, gab zunächst die eingelaufenen Anträge bekannt, die getrennt beraten wurden, da sie den Delegierten nicht gedruckt vorgelegt werden konnten. Ein Antrag, die Streikunterstützung vom ersten Tage ab zu zahlen, wurde dem Hauptvorstand überwiesen. Für die Hilfsarbeiter in der Metallindustrie beschloß die Generalversammlung die Abschaffung des Fünftelklassensystems. Die Gausverwaltung wurde beauftragt, beim ADGB und damit bei der Regierung sofort energische Schritte gegen die Lebensmittelteuerung zu unternehmen.

Der Verbandsvorsitzende Reichstagsabgeordneter Genosse Schumann gab einen kurzen Überblick über die Tätigkeit der Verbandsleitung im Interesse der Mitglieder der Organisation. Man dürfe sich auch in gewerkschaftlichen Dingen nicht ausschließlich vom Gefühl leiten lassen. Die Arbeitsgemeinschaften seien für ihn nur Mittel zum Zweck. Der Antrag auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft wurde abgelehnt.

Ueber die Stellungnahme der Organisation zu dem kommunistischen „Generallstreik“ berichtete Kollege. Seine Ausführungen bezogen sich hauptsächlich auf die Verammlung der Gewerkschaftskommission im Reichstag. Selbst Kommunisten seien nur widerwillig der Aufforderung zum Generallstreik gefolgt. Einige, die zum Streik aufforderten, hätten dann selbst gearbeitet. Die Kommunisten hätten es auch abgelehnt, schon jetzt in der Stadtverordnetenversammlung zusammenzutreten, um zu der Stilllegung der Straßenbahn Stellung zu nehmen.

Den eindringlichen Mahnungen des Verbandsleiters Drimann ist es zu danken, daß die Verammlung bei diesem kritischen Punkte keine Unterbrechung erfahren brauchte. Der von den Kommunisten inszenierte Börm und besonders die oft einseitigen Zwischenrufe von der Tribüne waren in keiner Weise dazu angehen, das Ansehen der Organisation zu wahren.

Mit der Bekanntgabe Drimanns, daß gegen die Stilllegung der Straßenbahn Einspruch erhoben ist, und mit dem dringenden Ersuchen, die Beiträge stets pünktlich abzuliefern, wurde die Verammlung in vorgerückter Stunde auf kommenden Donnerstag vertagt.

Angestellte im Zeitungsgewerbe Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern für das Groß-Berliner Zeitungsgewerbe für die Zeit vom 19. bis 25. August sind gescheitert. Als vorläufige Kostentaxation erhoben die Angestellten am Sonnabend das dreifache Lohngehalt. Am Montag tritt das Tarifschiedsgericht zusammen.

Im Friseurgewerbe wurden die Mindestwöchenslöhne laut Vereinbarung zwischen den Jungungen und der Gehilfenorganisation mit Wirkung vom 24. August um 100 Proz. erhöht. Die Mindestlohnätze betragen mitlin pro Woche 6 resp. 7 Millionen. Alle anderen Bedingungen wie bisher.

Arbeitnehmerverband des Friseurgewerbes.

Die Buchdruckergehilfen und Maschinenmeister im Kreise Wesel haben die Arbeit niedergelegt, nachdem die Arbeitgeber sich außer-

stande erklärt hatten, die neuen Lohnforderungen in Höhe von 41 Millionen Mark pro Woche zu zahlen. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Gegen die amerikanischen Kohlenarbeiter, die zum 1. September in der Anthrazitindustrie den Streik angekündigt haben, will die Regierung unter dem Präsidenten Coolidge eine energische Aktion eröffnen für den Fall, daß bis dahin keine Einigung erzielt sei. Mit anderen Worten, wenn die Arbeiter von ihren Forderungen nicht abgehen. Die Arbeiter lassen sich durch diese Drohung um so weniger einschüchtern, als sie sich auf die Solidarität ihrer englischen Kameraden stützen können.

Achtung, Hochbahner!

Marpen, Sonnabend, 8 Uhr, Fortführung der Fraktionsarbeit aller ADGB-Mitglieder. Näheres beim Gen. Schell. Der Fraktionsvorsitzende.

Aus der Partei.

Gemeinsame Aktion der Sozialisten Polens.

Seit längerer Zeit ist auf Veranlassung der deutschen Sozialdemokraten und der Bundisten (jüdische Sozialisten) in Warschau zwischen den sozialistischen Parteien verhandelt worden, um eine einheitliche Plattform gegen die immer stärker werdende Reaktion zu finden. Ein gemeinsames Manifest, das von der polnischen sozialistischen Partei (P.P.S.) der deutschen sozialdemokratischen Partei in Polen, dem allgemeinen jüdischen Arbeiterbund und der deutschen Arbeitspartei, die ihre Erklärung auch im Namen der deutschen Sozialdemokraten der ehemaligen Posener Provinz abgab (?) unterschrieben ist, legt u. a., daß die nationalsozialistische Propaganda eine unerträgliche Atmosphäre geschaffen hat, daß die Aufregung unter nationalsozialistischen Hebrufen, insbesondere unter dem antisemitischen Desmaniel bis in die weitesten Schichten der Bevölkerung gedrungen sei und die arbeitende Klasse spalte. Diese Propaganda stärke die nationalsozialistischen Strömungen unter den Kinderbetriebsleitern, erschwere eine einheitliche Aktion des Professions und begünstige den Fortschritt der Reaktion. Schließlich verpflichten sich die Parteien, diesen Abwehrkampf in ständiger Fühlungnahme zu führen.

Wir begrüßen dieses erste gemeinsame Vorgehen der sozialistischen Parteien in Polen und hoffen, daß über den augenblicklichen Anlaß hinaus damit eine Internationale in diesem Nationalitätenstaat angebahnt wird, die auch auf eine gerechte Lösung der Kinderbetriebsfrage hinarbeitet.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim, Berlin-Wilmersberg; Wirtschaft: Viktor Göttermann, Reichsbahnhagen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Göttermann, Berlin; Fraktion: A. A. Schiller, Wilmersberg; Lokales und Sonstiges: Fritz Kuchel, Wilmersberg; Anzeigen: H. Meise, Berlin. Verlag: Fortwärtig-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärtig-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. B. Lindenstraße 2.

Jetzt Ausnahmetage!
Bären-Stiefel
preiswert und erstklassig zum Wandern für die Berge fürs Auto fürs Motorrad für die Jagd vom Reiten sowie Winterstiefel

Hans Bähr Spezialhaus Berlin C. 19
Spittelmarkt 7 (vor der Brücke)
Kurfürstendamm 241
und Kommandantenstraße 87
Verlangen Sie illustrierte Preisliste.

Niederlass.:
Hagen, Sonnab. 14. Berlin, Müller Str. 11, Brauns (Hagen), Schütz (Hagen), Krumm (Hagen), Gierwinckel (Hagen), Hils (Pommern), Hergardt 22, Hagen (Hagen).

Hosen kaufen Sie sehr preiswert

Arbeits-Hosen	2 800 000	Umschlag-Hosen	3 500 000
Feldgrau-Hosen	4 500 000	Manchester-Breeches	6 800 000
Gestreifte Hosen, schöne Muster	3 700 000	Stoff-Breeches	2 500 000

nur Goltzstraße 7 HOSEN-ZENTRALE / Schöneberg nur Goltzstraße 7

Fahrgeld wird vergütet!

Ausgabe Paletots Kosca
fertig und nach Maß
Gummimantel
Manchester-Loden
Knaben-Garderob.
Wäsche, Hüte
Gute Waren
Billige Preise
Auf Wunsch Zahlungs-
erleichterung!
In Genuß transportieren
G. Prager
Brunnenstraße 31
7. u. 9. Stock

86 Gartenstr. 86
Zahngelbisse
Gold-, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weinste Weg zu mir lohnt sich!

Reste-Haus C. Pelz
Katharinen Str. 5
Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe
Mantel, Kostüm
Hüte
2 % Rabatt!

Billige Teppiche
Billige Tisch- und Divanddecken
Billige Gardinen

kaufen Sie in nur guten Qualitäten erster Fabriken im

sächsischen Gardinen- u. Einrichtungshaus

I. Geschäft: **Neukölln**
Hermannstraße 32

II. Geschäft: **Treptow**
Ecke Klinggr- u. Leibstraße

Wir bieten in vorstehenden Artikeln, sowie in

Steppdecken aller Preislagen u. Bettvorlegern

die denkbar reichste Auswahl, aparte Ausmutterung und für Sie — die günstigsten Preisstellungen! Besichtigung zwanglos, da suvorkommende Bedienung

Bei Kauf volle Fahrvergütung für Groß-Berlin!

sächsisches Gardinen- u. Einrichtungshaus

I. Geschäft: **Neukölln**
Hermannstraße 32
Linien P. 21, 28, 29, 46, 55, 58, 155

II. Geschäft: **Treptow**
Ecke Klinggr- u. Leibstraße
Linie 16

Alte Gebisse
zu 1/2 Preis 700000 Mk.
Zahn-Ankauf
B. Zymelnski
Weissenburger Str. 33
Legitimation erforderlich.
Nur
bel Erich Schulz
Neukölln
Kais.-Friedr.-Str. 220
a. d. Weichselstr.
kaufen Sie heute noch gut und preiswert
Strumpfwaren
Trikotagen
Wollwaren
Badetrikots
Badskappen
Damenkleider
Wolle
Nähgarne

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl
Gabardine, Kammgarne,
Tuche, Affenhaut, Fausche,
Pilsche, Kleider-Samete,
Anzug- u. Paletotstoffe.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Ischias
le 10.000, Größe 5.
Preis 1. 15 T. best.
Lagerbestand: 100.
9-11, 4-E. Täglich.

Typendruker
liefern preiswert
A. Klotz & Co.
Büro-Bedarf-Ges.
W. 57, Frobenstr. 21.

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stets
vorrät., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 203
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.
Teleph. Lichtenberg 3322

Volkskleidung Hosen
Gummimantel
Sport-Anzüge
Manchester u. Loden
Hemden, Socken
Unterhosen
Berkleiderung
Gute Ware!
Billigste Preise!
Gerh. Kohnen
Neukölln
Hermannstr. 16/77.

Wiltst du preiswert
Hosen
kaufen, mußt zu
Rosen-Anders
laufen.
A. Anders,
Beusselstr. 25

Hosen.
Beste Qualitäten.
Reiche Auswahl in
Steifenhosen, Manchester-,
Breeches, engl. Leder-,
Tuch- und Arbeitshosen
in allen Längen und Weiten.
Mündl.-Gläd. Hosenzentrale
D. 27 Blumenstr. 87
Dianer Laden.
2 Min. von der Jannowbrücke.
Acht. Sie genau auf Hausnummer.
Nahelberggürtel.

Restehandlg. Haarpuder
Goltzstr. 2 a. d. Anz.
waidstraße
Vorne- u. Damaststoffe,
Seiden, Samt,
sämtliche Futterartikel
bedeutend unter Preis

Wir bringen wieder riesig billige Angebote weit unter Tagespreis!

Damenwäsche ♦ Bettwäsche ♦ Hauswäsche ♦ Frottierwäsche ♦ Herrenwäsche

Kemden, Bekleider, Nachthemden, Hemdhosen, Prinzessbrücke, Garnituren
Bettbezüge, Kissen, Bettlaken, Ueberschlaglaken
Handtücher, Wischtücher, Tischzeuge
Bademantel, Badelaken, Frottierhandtücher
Sporthemden, Oberhemden, Nachthemden

Käuferleichterung durch Anzahlung. Eigene Fabrikation, daher außergewöhnliche Leistungsfähigkeit. Ueberzeugen Sie sich!

Wäschefabrik, Berlin-Schöneberg
unmittelb. a. d. Kreuzg. d. Or.-newald, Haupt- u. Kais.-Friedrich-Str.
Geöffnet von 9 bis 7 Uhr. — Telefon: Amt Stephan 3881

Straßenbahnen 8, 7, 10, 24, 40, 64, 72, 74, 82, 87, 89, 93, 62, 162, 109, 187, Silesbahn Schöneberg und Großgörscheustraße